



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

NOVEMBER 2015



THEMEN

SUIZID BEIHILFE * RECHTGRÜN * FACHGESPRÄCHE * OSZE
RÜSTUNGSEXPORTE * VW-SKANDAL * MEINE REGION





INHALT

Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 05 SUIZID BEIHILFE * RECHTGRÜN Seite 06
FACHGESPRÄCHE * OSZE Seite 07 RÜSTUNGSEXPORTE * VW-SKANDAL
Seite 08 MEINE REGION



LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

im letzten halben Jahr diskutierte die Politik angesichts der **Flüchtlingskrise** darüber, ob die Stimmung in der Bevölkerung kippen könnte. Es stellt sich allerdings heraus, dass die Bevölkerung besser durchhält als die Bundesregierung: dort kippt die Stimmung inzwischen und zwar in eine erschreckende Richtung!

Immer wieder kommen wir Grüne als Opposition in die vertrackte Lage, die Kanzlerin gegen rechts verteidigen zu müssen, statt sie, wie gewohnt, von links zu kritisieren!

Merkels Devise: „**Wir schaffen das**“ ist inzwischen einkassiert worden von ihrer eigenen Entourage. Federführend dabei ausgerechnet der Innenminister, der für den Zusammenbruch des ordentlichen Verfahrens zur Registrierung von Flüchtlingen verantwortlich ist. Ich erinnere an dieser Stelle an meinen Bericht über den Besuch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Friedland im April 2014. Schon damals waren die erforderlichen und zugesagten Stellen nicht besetzt und verursachten erheblichen Rückstau.

Erst erklärt man Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern – unabhängig davon, ob dort noch ein Bundeswehreininsatz für notwendig gehalten wird

oder nicht – und jetzt, wo kaum noch Menschen aus dem Balkan bei uns eintreffen, soll auch Afghanistan angeblich sicher sein. Wenn wir schon die Bundeswehr dorthin schicken, so die Argumentation, dann könne man doch wohl erwarten, dass die Menschen sich dankbar zeigen und dort bleiben.

Die **Entwicklungen in Afghanistan** sind bedrückend und traurig. Leider wissen wir heute, dass der Versuch, das Land durch militärische Mittel zu stabilisieren, gescheitert ist. Statt aber den bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der internationalen Truppen, insbesondere den Dolmetschern, konsequent Asyl zu gewähren, will die Bundesregierung jetzt den Militäreinsatz auf unbestimmte Zeit verlängern. Als ob man auf diesem Wege Fluchtursachen bekämpfen könnte!

Die Entwicklungen zeigen, dass es richtig war, dass wir im **letzten Jahr die Fortsetzung des ISAF-Einsatzes** unter neuem Namen als Bundestagsfraktion abgelehnt haben.

Auch bei der Abstimmung über das sogenannte **Asylbeschleunigungsgesetz** haben wir die Einschränkungen des Asylrechts und die sicheren Drittstaaten abgelehnt. Die finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund war allerdings dringend erforderlich, so dass wir die Abstimmung geteilt und diesem Teil zugestimmt haben. ▶ [Entschließungsantrag](#)

Unsere grün mitregierten Länder hatten im Bundesrat diese Möglichkeit leider nicht und haben daher zum Teil mit ihrem Koalitionspartner stimmen müssen. Ich habe mich gefreut, dass dies in Niedersachsen verhindert wurde, auch wenn dies keine einfache Auseinandersetzung für unsere Grünen im Land war.

Allerdings gilt: **nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung**. Kaum ist eine Einigung erfolgt, werden von der Union neue Forderungen in den Raum gestellt.

Die **Beschränkung des Familiennachzugs für Syrer** erschüttert mich besonders. Hier wird ein Signal gesetzt, jetzt verstärkt Frauen und Kinder in die Schlauchboote zu setzen! Und das im Herbst, wo die See besonders rau und unberechenbar wird.

Sicher: die Antwort darauf, wie ein **europäisches Asylsystem** langfristig aussehen und funktionieren soll, ist nicht einfach. Klar ist jedoch, wo der deutsche Staat jetzt in der Krise alle Energie einsetzen muss: die Wiederherstellung eines ordentlichen Verfahrens zur Registrierung ist Grundvoraussetzung für



jede weitere Integrationsmaßnahme. Erst danach kann die Wohnungssuche, der Deutschkurs und die Prüfung des Asylantrages seinen Lauf nehmen. Wenn die Integration gelingt, ist die Einwanderung eine echte Win-Win-Situation: für die deutsche Wirtschaft, für unsere Rentenkassen und natürlich auch für die geflüchteten Menschen.

Es kann aber auch scheitern und um das zu verhindern, braucht es einen entsprechenden politischen Willen. Die **Mehrheit der Bevölkerung tut ihr Bestes**. Fragt sich nur, ob die Bundesregierung auch durchhält.

Wenn ich in diesen Tagen im Ausland Leute über Deutschland reden höre, kann ich nicht verhehlen, dass ich ein klein wenig stolz bin auf dieses Land und das, was hier gerade geleistet wird. Kämpfen wir darum, dass das so bleibt.

Beste Grüße Ihre/Eure

Wie immer finden Sie alle ausgewiesenen Dokumente nicht nur auf meiner Website, sondern können diese auch über das Regionalbüro in Nienburg beziehen.

Aus aktuellem Anlass: Die schrecklichen Anschläge von Paris, aber auch der verhinderte Anschlag in Hannover machen uns tief betroffen. Die Mörder müssen mit allen rechtsstaatlichen Mittel verfolgt werden. Kriegerische Auseinandersetzungen mit militärischen Mitteln gehören allerdings nicht zum Repertoire eines Rechtsstaats. Wer jetzt von Krieg spricht, hat den Kampf um die Freiheit schon aufgegeben.

**WEITERE REDEN
VON KAJTA KEUL**

- ▶ **REDE ZUR EIN-PERSONEN-GMBH** am 07.05.2015
- ▶ **REDE ZUM HAUSHALT DES BUNDESMINISTERIUMS DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ** am 08.09.2015
- ▶ **REDE ZUM UNTERHALTSRECHT** am 15.10.2015
- ▶ **REDE ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG** am 15.10.2015
- ▶ **REDE ZU AKTIENRECHTSNOVELLE** am 12.11.2015



KEINE STRAFBARKEIT FÜR BEIHILFE ZUM SUIZID

Im November hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, um die Beihilfe zur Selbsttötung neu zu regeln und die „geschäftsmäßige Sterbehilfe“ unter Strafe zu stellen. Ein solches Gesetz wäre nicht notwendig gewesen. Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, ihr Leben beenden zu wollen, brauchen uneingeschränkten Zugang zu ergebnisoffener Beratung. Die Einführung der neuen Straftatbestände, die Ärztinnen und Ärzte in die Gefahr einer Strafverfolgung bringen, wenn sie Betroffene beraten, ist der falsche Weg. Wir sollten hilfeschuchenden Schwerkranken nicht die Möglichkeit abschneiden, sich mit ihren Fragen an eine Person ihrer Wahl zu wenden. Mein dahingehender Antrag fand zwar große Unterstützung im Plenum, aber leider keine Mehrheit.

Lesen Sie den Antrag ► [hier](#)

Sehen Sie die Videoaufzeichnung meiner Rede ► [hier](#)



Verein grüner und grünnaher JuristInnen e.V.

RECHTGRÜN

Der von mir letztes Jahr mitgegründete Verein ► **RechtGRÜN**, eine Austauschplattform für grünennahe Juristinnen und Juristen, hat erfolgreich seine Arbeit aufgenommen. Bei unserer öffentlichen Veranstaltung im April zum Thema „Strafrecht zwischen Symbolpolitik und Ultima Ratio“ haben wir über die besorgniserregende Tendenz diskutiert, dass das Strafrecht zunehmend als Instrument zur Lösung gesellschaftlicher Probleme genutzt wird. Bei der nächsten Veranstaltung am 12. Februar 2016 in Karlsruhe laden wir Interessierte ein, sich an der Diskussion um das Spannungsverhältnis zwischen alternativer Streitschlichtung und Justiz zu beteiligen.

Lesen Sie meinen Beitrag zur Strafrechtsdebatte ► [hier](#)



FACHGESPRÄCHE

Im letzten halben Jahr habe ich drei Fachgespräche zu aktuellen rechtspolitischen Themen in der Fraktion veranstaltet. In der umstrittenen Frage eines Unternehmensstrafrechts diskutierten wir mit Sachverständigen, inwiefern



man Unternehmen für in ihrem Namen begangene Rechtsverstöße zur Verantwortung ziehen kann. Wie man die Wahlen zu den Obersten Bundesgerichten reformieren kann, debattierten wir in einem zweiten Fachgespräch mit Richterinnen und Richtern. Ein drittes Fachgespräch beschäftigt sich mit der rechtliche Lage nach Geburten, die durch Samenspende zustande gekommen sind. Ich arbeite nun daran, die Ergebnisse der Gespräche in parlamentarische Initiativen einfließen zu lassen. Lesen Sie Berichte der Fachgespräche:

- ▶ [Strafrecht und Unternehmensverantwortung](#)
- ▶ [Bundesrichterwahl](#)
- ▶ [Abstammungsrecht](#)

OSZE

Als Vertreterin meiner Fraktion habe ich an der Jubiläumstagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Juli in Helsinki teilgenommen. Sie stand im Zeichen des 40. Jubiläums der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte an eben diesem Ort. Gerade in Zeiten der Ukraine-Krise bietet diese Austauschplattform die Möglichkeit, Gespräche zu führen und Schritte in Richtung auf eine Verständigung zu gehen. Leider musste unsere Debatte ohne die russische Delegation stattfinden. Wie es dazu kam, erfahren Sie in meinem Bericht.

Lesen Sie meinen Reisebericht ▶ [hier](#)

2016 übernimmt Deutschland für ein Jahr den Vorsitz in der OSZE. Im Bundestag habe ich die grünen Erwartungen dazu formuliert.

Lesen Sie unseren Antrag ▶ [hier](#) Lesen Sie meine Rede ▶ [hier](#)





RÜSTUNGSEXPORTE

Der jüngste Rüstungsexportbericht hat es wieder gezeigt. Entgegen der Beteuerungen von Wirtschaftsminister Gabriel exportiert Deutschland mehr Waffen denn je. Auch Katar soll seine 62 Panzer erhalten, obwohl es am Krieg im Jemen beteiligt ist. Im November gab es im Bundestag eine bemerkenswerte Debatte über unseren Antrag, die Panzerlieferungen nach Katar sofort zu stoppen.

Lesen Sie den Antrag ► [hier](#)

Sehen Sie meine Rede ► [hier](#)

Schon im Juli haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem ich die grünen Forderungen nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz konkretisiert habe.

Lesen Sie den Antrag ► [hier](#)

Sehen Sie meine Rede ► [hier](#)

VW-SKANDAL

Der VW-Skandal betrifft in erster Linie die Verbraucherinnen und Verbraucher und schafft bei ihnen große Unsicherheit. Zum vierten Mal in Folge hat die Koalitionsmehrheit im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz den von uns angeforderten Bericht der Bundesregierung zum Thema wieder abgesetzt. Schon vor Bekanntwerden der Vorwürfe aus den USA haben unsere grünen Verkehrsexperten an dem Thema gearbeitet. Ihr Antrag ist bereits in den Bundestag eingebracht. Die Bundesregierung bleibt bis heute eine Stellungnahme zu den rechtlichen Fragen schuldig.

Lesen Sie den Antrag ► [hier](#)





MEINE REGION



► FLÜCHTLINGE

In den vergangenen Monaten habe ich immer wieder Flüchtlinge besucht, sei es in ihren neuen Wohnungen oder in den Notunterkünften in Bückeberg und Nienburg. Ich habe mit Helferinnen und Helfern gesprochen und mit Vertretern von Kreisverwaltungen.

Die Turnhalle dient als Notaufnahme. Eckhard Ilsemann, Leiter der Flüchtlingshilfe des DRK in Schaumburg und Oberstleutnant Kleist, Standortältester Bückeberg, Jägerkaserne, informierten mich über die Lage.



Im Gespräch mit Flüchtlingen lernte ich bewegende Schicksale kennen. Das Engagement der Helferinnen und Helfer hat mich sehr beeindruckt, aber auch die Anstrengungen der Kommunen bei Unterbringung und Integration der Menschen, die bei uns Sicherheit vor Krieg und Verfolgung suchen.

Auf ein Problem bin ich bei allen Gesprächen immer wieder gestoßen: Die Bundesregierung hat es versäumt, für eine schnelle Registrierung der Schutz suchenden Menschen zu sorgen und damit eine zügige Verteilung und den Beginn von Integrationsmaßnahmen zu ermöglichen. Auf meiner Homepage habe ich unter dem Menüpunkt ► [Migration und Flüchtlinge](#) einige Berichte aus meinem Wahlkreis und Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen zusammengestellt.

Die Geschichte einer Flucht vom syrischen Aleppo nach Nienburg lesen Sie ► [hier](#)



IMMER MEHR HAUSHALTE OHNE STROM



In Nienburg hat sich der Arbeitskreis Stoppt Energiesperren gegründet. Bei einem Gespräch mit Mitgliedern des Arbeitskreises waren wir uns einig, dass Energiesperren frühzeitig im Vorfeld verhindert werden müssen. Für mich muss eine tragfähige Lösung den Strombedarf aus dem Regelsatz herausnehmen und ihn als das behandeln was er ist: Kosten für Unterkunft.

Den Artikel der HARKE am Sonntag lesen Sie ► [hier](#)

KREISVERBÄNDETREFFEN



Das Treffen der grünen Kreisvorstände in meiner Region fand erneut im Welthaus in Barnstorf statt.

Lesen Sie ► [hier](#) meine Pressemitteilung.



▶ NAZIAUFMARSCH

Der diesjährige Naziaufmarsch in Bad Nenndorf wies eine erfreulich gesunkene Teilnehmerzahl auf. Die Bürgerinnen und Bürger der Kurstadt verwandelten ihn oberdrein zu einem Spendenlauf, um Ausstiegswilligen die Entfernung von Nazi-Tatoos zu ermöglichen.



Lesen Sie ▶ [hier](#) meine Rede auf der Abschlusskundgebung.

▶ INKLUSIONSNETZWERK SCHAUMBURG

Bei einem Besuch des neu gegründeten Inklusionsnetzwerkes Schaumburg in Stadthagen konnte ich mich im Gespräch mit den MitarbeiterInnen über



die Arbeit dieser Einrichtung informieren. Ebenso wie beim Besuch des Integrationsunternehmens Pari proJob der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland und beim „SHG-Treff“ konnte ich für meine Arbeit in Berlin mitnehmen, wie wichtig verbesserte Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Menschen mit Einschränkungen sind.

Lesen Sie ▶ [hier](#) einen Kurzbericht über meinen Besuch beim Inklusionsnetzwerk Schaumburg.

▶ **LANDESDELEGIERTENKONFERENZ IN OSNABRÜCK**

Vielen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen bei meiner erneuten Wahl in den Parteirat!



Mit unserer Landesvorsitzenden Meta Janssen-Kucz sowie Delegierten und Gästen aus Schaumburg: Michaela Mügge, Wilhelm Klusmeier, Monika Tautz, Bela Lange, Frank Rullmann und Hans-Jörg Kohlenberg.

Bela Lange, Co-Vorsitzende der Schaumburger Grünen wurde in den Parteirat und den Bundesfrauenrat gewählt. Hans-Jörg Kohlenberg war erfolgreich bei der Wahl zum Rechnungsprüfer des Landesverbandes.

Herzlichen Glückwunsch!

Mit den Delegierten und TeilnehmerInnen aus Nienburg: MdL Helge Limburg, Anette Kaufmann, Sprecherin des Ortsverbandes Hoya der Grünen, Hans Kaufmann, Hannelore Niedersetz und Peter Schmithüsen, der dem Landesverband angehört.





▶ BERLINBESUCHE

Über den Besuch von politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger freue ich mich immer sehr. In diesem Jahr war erstmals eine Reisegruppe aus der Stadt und dem Landkreis Osnabrück dabei.

Einen Kurzbericht lesen Sie ▶ [hier](#)

▶ www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591
Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB
Wallstraße 2a, 31582 Nienburg
T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56
Katja.Keul@wk.bundestag.de

Bilder: Bundestag © N.O.B. / photocase.de; Sonnenblume, Greichenland © shutterstock; Streik © kallejipp / photocase.de